

**„Allerunterthänigst unterfertigte Bitte“ – Inhalt, Form und Bedeutung von Bittschriften im langen 19. Jahrhundert**

**Veranstalter:** Marion Dotter, Collegium Carolinum München; Kristýna Kaucka, Masaryk Institut, Prag; Ulrike Marlow, Ludwig-Maximilians-Universität München

**Datum, Ort:** 10.06.2021–11.06.2021, digital (München)

**Bericht von:** Marion Dotter, Collegium Carolinum München; Ulrike Marlow, Ludwig-Maximilians-Universität München

Bittschriften werden in der Forschung zur Beantwortung unterschiedlicher Fragestellungen herangezogen, wie zum Beispiel in der Armutsforschung, um die Lebensverhältnisse der Unterschichten nachvollziehen und darstellen zu können. In den letzten Jahren erschienen mehrere Dissertationen, die sich in ihrer Analyse auf Bittschriften als Quellen stützen.<sup>1</sup> Doch fehlt es noch an einem Überblick zu den Adressaten und Verfassern von Bittschriften, ihrer inhaltlichen und stilistischen Aufbereitung sowie ihrer Bedeutung für das staatliche und politische Handeln im 19. Jahrhundert. Für die Frühe Neuzeit liegt solch ein Sammelband mit dem Titel „Bittschriften und Gravamina“, herausgegeben von Cecelia Nubola und Andreas Würgler, vor.<sup>2</sup> Im Gegensatz zum deutschsprachigen existieren im englischsprachigen Raum Publikationen zum Supplikationswesen im 19. Jahrhundert: Unter anderem wird nach Entwicklungen im Bittschriftenwesen in der *longue durée* gefragt und werden Petitionen von politisch-sozialen Bewegungen in den Blick genommen.<sup>3</sup> Die britische Forschung untersuchte beispielsweise Petitionen an das englische Parlament, also an eine politische Institution mit Entscheidungskompetenz.<sup>4</sup> In der deutschsprachigen Forschung existiert derzeit noch kein Überblick zur Vielfältigkeit der in den Gesuchen vorgebrachten individuellen, teils auch kollektiven Anliegen. Schließlich ist derzeit die Frage noch offen, welche Auswirkungen die zahlreich überlieferten Bittgesuche auf die politische Modernisierung im 19. Jahrhundert hatten, also inwiefern der Einzelfall Ausgangspunkt weitreichenderer staatsrechtlicher Reformen

oder neuer Politikfelder sein konnte. Dabei stellt sich zudem die Frage, wie sich Bittschriften als Massenquelle systematisch auswerten lassen.

All diesen Fragen wandte sich der Workshop zu. Nach einer kurzen Einführung der Organisatorinnen folgte der Plenarvortrag von SILKE MARBURG (Dresden). Von ihrem aktuellen Forschungsprojekt zu Gravamina im 17. und 18. Jahrhundert, das im Graduiertenkolleg „Geschichte der sächsischen Landtage“ angesiedelt ist, versuchte sie Bezüge und ein theoretisches Angebot an die Petitionsforschung herzustellen. Die sächsischen Stände der Frühen Neuzeit konnten die Anliegen der sogenannten Landschaft an den Landesherrn schriftlich herantragen und auf diese Weise gegebenenfalls erfolgreich Politik betreiben. Die Stände besaßen dazu zwei Möglichkeiten: Zum einen konnten sie sich in Generalia zu Themen der Innen- und Außenpolitik äußern. Zum anderen konnten sie regionale und lokale Anliegen in einer Art Supplikensammlung, den Gravamina, zusammenstellen und an den Landtag übermitteln, der ein Forum für diesen Kommunikationsprozess darstellte. Inspiriert von den gemeinsamen Überlegungen mit Edith Schriebl über „Die politische Versammlung als Ökonomie der Offenheiten“<sup>5</sup> stellte Marburg ei-

<sup>1</sup> Als Beispiel seien hier genannt die Arbeiten von Johanna Singer, *Arme adlige Frauen im Kaiserreich*, Tübingen 2016, und von Chelion Begass, *Armer Adel in Preußen 1770–1830*, Berlin 2020, beide im Kontext des Tübinger SFB „Bedrohte Ordnungen“ entstanden, und das Projekt von Michaela Žáková zum Theresianischen Damenstift in Prag.

<sup>2</sup> Cecelia Nubola / Andreas Würgler (Hrsg.) *Bittschriften und Gravamina. Politik, Verwaltung und Justiz in Europa (14.–18. Jahrhundert)*, Berlin 2005.

<sup>3</sup> Henry Miller, Introduction. The Transformation of Petitioning in the Long Nineteenth Century (1780–1914), in: *Social Science History* 43 (2019), S. 409–429, online: <https://www.cambridge.org/core/journals/social-science-history/article/introduction-the-transformation-of-petitioning-in-the-long-nineteenth-century-17801914/EBC1924B1C51EB5BE8C7760F43A73149> [9.6.2021]

<sup>4</sup> Richard Huzzey / Henry Miller, *Petitions, Parliament and Political Culture: Petitioning the House of Commons, 1780–1918*, in: *Past & Present* 248 (2020), S. 123–164, online: <https://academic.oup.com/past/article/248/1/123/5819582> [9.6.2021]

<sup>5</sup> Silke Marburg / Edith Schriebl (Hrsg.), *Die politische Versammlung als Ökonomie der Offenheiten. Kommentierte Quellen zur Geschichte der sächsischen*

---

ne institutionentheoretische Perspektive vor, um Bittschriften im 19. Jahrhundert gewinnbringend analysieren zu können. Bittschriften zeugen von einem Gefälle in der institutionalisierten Kommunikation. Die Macht des Adressaten ist heute noch ablesbar, da er die Ressourcen besaß, die an ihn gerichteten Gesuche anzunehmen, zu bearbeiten und zu archivieren. Die Bittsteller griffen in ihren Argumentationen auf Werte, Pflichten und Rechte zurück, die der Adressat in seiner Antwort wiederum ebenfalls spiegelte. Letztlich gehören Gravamina, Petitionen und Bittschriften in Bezüge, in denen es um Ordnung geht. Auch wenn das einzelne Schriftstück dem widerspricht, kommt es zur Geordnetheit. Denn in den Bittschriften ging es nicht nur um das Anliegen an sich, sondern auf nichtdiskursiven Wege wurde das Ungeordnete ausgedrückt. Das sei ein vielversprechender Analyseort. In diesem Sinne bietet die Ökonomie<sup>6</sup> der Offenheiten einen Perspektivwechsel an.

Danach widmete sich das erste Panel den „Bittschriften als Instrument im modernen Verwaltungs- und Rechtsstaat“. DANIEL BENEDIKT STIENEN (München) leistete mit seinem Vortrag zu den Ankaufsgesuchen deutscher Grundbesitzer im östlichen Preußen einen Beitrag zur Emotionsgeschichte: Er zeigte Bittgesuche als Quelle, in der Gefühle wie Scham und Verständnislosigkeit ebenso wie ein kollektives Bekenntnis zur Nation zu Tage treten. Der einzelne Antragsteller und seine Vorstellung von der „deutschen Nation“ wurde über das Konzept der „Erwartungserwartung“ mit der ablehnenden Haltung der königlichen preußischen Verwaltungsbeamten verschränkt. Da die Bittsteller ihr Ziel nicht erreichen konnten, änderten sie ihre Strategie: Ihre Gesuche wandelten sich im Untersuchungszeitraum von der Bitte zur Drohung.

Ebenfalls eine Veränderung in der Vorgehensweise ist anhand der Texte des Rabbiners Samson Wolf Rosenfeld (um 1780–1862) nachvollziehbar, der als Verfasser von Petitionen an das Bayerische Parlament hervortrat. MORITZ BAUERFEIND (Basel) untersuchte gedruckte Texte aus den Jahren 1819, 1822 und 1846. Sie werfen nicht nur die Frage nach der Reichweite von Bittschriften, sondern auch nach der Entstehung einer jüdischen Öffent-

lichkeit im Vormärz auf. Weiter wird zu erforschen sein, inwieweit Samson Rosenfeld allein gehandelt hat oder mit seinen Eingaben auf die Sorgen und Wünsche seiner Gemeinde reagierte.

Nicht ausschließlich für sich selbst baten auch die Petenten jener Bittschreiben, die ELISABETH BERGER (Salzburg) vorstellte: Anträge von Armeemitgliedern und ihrer Angehörigen um Verkürzung der Wehrdienstzeit. Vor allem die Eltern der Rekruten hofften, dass ihre Söhne wegen der aufwendigen Feldarbeit frühzeitig aus dem Heer entlassen werden konnten. Auf der Basis eines Quellenbestandes aus den 1890er-Jahren im Steirischen Landesarchiv zeigte Berger auf, wie mit Bittschriften eine Lücke im Wehrgesetz geschlossen und schließlich eine Novellierung dieses Gesetzes geschaffen werden konnte. Sie wies auch auf die symbolische Bedeutung des Kaisers hin, der als oberster Befehlshaber aller Streitkräfte in den Texten häufig angerufen wird, ohne für diese Entscheidung tatsächlich relevant zu sein. Denn die Gesuche durchliefen ein mehrstufiges bürokratisches Verfahren, das in ähnlicher Form von mehreren Vorträgen angesprochen wurde. Politische Institutionen, wie Gemeinden oder Ministerien, nahmen die Bittschriften entgegen und ließen die darin enthaltenen Angaben überprüfen. Auf dieser Basis wurde über die Gewährung der Bitte entschieden, worüber die Bittenden abschließend benachrichtigt wurden.

Deutlich wichtiger für den Entscheidungsprozess war der Monarch bei Bittgesuchen aus dem adeligen Milieu. JAN ŽUPANIČ (Prag) zeichnete den Behördenweg der Nobilitierungsgesuche im Habsburgischen Verwaltungsapparat des späten 18. und 19. Jahrhunderts nach. In seinen Ausführungen wies er auf die parallele Existenz eines Gnaden-

---

Landtage vom Mittelalter bis in die Gegenwart, Ostfildern 2021, hier bes. S. 9–26.

<sup>6</sup>Silke Marburg und Edith Schriefl verwenden den Ökonomie-Begriff „in einem an den Wirtschaftswissenschaften orientierten unspezifischen Sinn und [dieser] impliziert schlicht die Gesamtheit eines in Form eines Haushalts miteinander zusammenhängenden Handelns“, Silke Marburg / Edith Schriefl: Die politische Versammlung als Ökonomie der Offenheiten, in: dies. (Hrsg.): Die politische Versammlung als Ökonomie der Offenheiten. Kommentierte Quellen zur Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis in die Gegenwart, Ostfildern 2021, S. 9–26, hier S. 17 f.

und eines Rechtssystems in Bezug auf das Nobilitierungswesen hin.

Einen weniger bürokratie- als vielmehr adelshistorischen Ansatz wählte MICHAELA ŽÁKOVÁ (Prag) in ihrem Vortrag zum Prager Damenstift. Anhand der Bitten um die begehrten Stiftsplätze konnte sie das Bild einer für die höfischen und administrativen Stellen „idealen armen Aristokratin“ des 19. Jahrhunderts nachzeichnen. Damit verwies sie auf mehrere Argumentationslinien, die in Bittschriften auch in anderen Zusammenhängen aufgerufen wurden: Die Bedürftigkeit, die Verdienste um Staat und Öffentlichkeit, die Familie und schließlich die „moralische Tauglichkeit“.

Ähnliches brachte auch Etelka (Szapáry) Gräfin Andrassy vor, als sie sich in den 1850er-Jahren mehrmals um die Begnadigung ihrer während der ungarischen Revolution verurteilten und ins Ausland geflohenen Söhne Gyula (1823–1890) und Aladár (1827–1903) kümmerte. SUSANNE ZENKER (Wien) verglich zwei sehr unterschiedliche Textbeispiele der Antragstellerin, die nicht zuletzt Rückschlüsse auf die vielfältigen Entstehungsbedingungen von Bittschriften zulassen: Während Etelka den ersten Text selbst verfasste und sich dafür auch entschuldigte, wurde die zweite Schrift von einem Anwalt aufgesetzt und von einem professionellen Schreiber ausgeführt. Schließlich bettete Zenker diese beiden Fälle in das umfassendere Amnestiesystem der neoabsolutistischen Ära ein und stellte die Möglichkeit der Einreichung von Bittschriften als ein wichtiges Regierungsinstrument zur Bewältigung der Revolution in Ungarn dar.

Teil der Strafjustiz waren nicht nur Amnestien, sondern auch Adelsentsetzungen, die CHRISTIANE BUB (Tübingen) in ihrem Vortrag zu delinquenten Adeligen in Preußen in den Blick nahm. Sie interpretierte Bittschriften als wichtige Quelle der „neuen Sozialgeschichte“, der sie sich über das Konzept der „Un-/Doing difference“ annäherte. Dadurch konnte sie die Unterschiede zwischen Adel und Bürgertum, die bei armen oder kriminellen Adeligen aufgelöst wurden, neu vermes-

sen. Der höfischen Welt wandte sich daraufhin das dritte Panel zu, wobei erneut Preußen

und die Habsburgermonarchie im Zentrum standen. ANJA BITTNER (Berlin) ging zunächst auf die hofinternen Bittschriften am Berliner Hof und damit auf die Versorgungsmöglichkeiten ein, die durch dieses System für die königlichen Angestellten geschaffen wurden. Die Bittschriften zeichnen nicht nur ein eindrückliches Bild von den Lebensverhältnissen dieser Antragsteller, sondern auch von deren selbstbewusstem und forderndem Auftreten gegenüber ihren Vorgesetzten. Die Petenten waren von der Sozialfunktion des Hofes überzeugt und nutzten diese für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse.

Aus dem gesamten Reich kommende Bittschriften an Kaiserin Elisabeth von Österreich untersuchte ULRIKE MARLOW (München). Sie konzentrierte sich auf eine quantitative Analyse und konnte Konjunkturen bzw. kronlandspezifische Unterschiede bei der Zahl der Einreichungen an die Herrschergattin zeigen. Damit ist auch ein genderspezifischer Ansatz verbunden, der Frauen am Hof in das Zentrum (symbol-)politischer Machtausübung rückte.

Das letzte Panel konzentrierte sich auf die Adressaten der Bittschriften: ROBERT LUFT (München) beschäftigte sich mit den Petitionen an den österreichischen Reichstag, der als Institution seit den 1860er-Jahren Empfänger von Bittschreiben wurde. Das Staatsgrundgesetz von 1867 hielt fest: „Das Petitionsrecht steht Jedermann zu.“<sup>7</sup> Beide Kammern des Reichsrats besaßen das Recht, „über eingehende Petitionen Auskunft [von der Exekutive] zu verlangen“<sup>8</sup> und auf diese Weise erhaltene Bittschriften gewissermaßen an die Regierung weiterzuleiten. Erneut zeigt sich an diesem Beispiel die Entwicklung einer politischen Öffentlichkeit, die sich nicht zuletzt über derartige Anträge an Abgeordnete artikuliert und dadurch die Diskurse ihrer Zeit

<sup>7</sup> Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, Artikel 11, RGBL. 142/1867, Onlineressource: <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=1867&page=422&size=45> [12.07.2021]

<sup>8</sup> Gesetz vom 21. Dezember 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird, § 22, RGBL. 141/1867, Onlineressource: <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=1867&page=422&size=45> [12.07.2021]

---

prägte.

Einer der Abgeordneten, die Gesuche entgegennahmen, war Tomáš Garrigue Masaryk, auf den JOHANNES GLEIXNER (München) einging. Allerdings wurde der Politiker nicht nur in seiner staatstragenden Funktion angerufen, sondern auch als Gelehrter, Professor oder bekanntes Mitglied des öffentlichen Lebens, den man als Verbündeten gewinnen wollte. Gleixner legte eine „soziale Ordnung“ der betrachteten Quellen vor, die von stilistisch-formalen über inhaltliche bis zu kontextuellen Elementen reichte, stellte mit seinen Ausführungen aber vor allem einen außerstaatlichen Akteur als Empfänger von Bittschriften vor.

Die Beiträge haben insbesondere den Staat als Problemlöser in den Blick genommen, wenn auch in Form von verschiedenen Institutionen (Kaiser, Hof, Militärbehörden, Parlament, etc.). Insofern bedarf es in der künftigen Forschung einer stärkeren Berücksichtigung von nichtstaatlichen Akteuren als Empfänger von Bittschriften und deren Einflussmöglichkeiten. Zudem beschäftigten sich zahlreiche Vorträge mit der Frage nach der Bürokratisierung im Umgang mit Bittschriften im 19. Jahrhundert und inwieweit diese als Kennzeichen der Moderne gelten könne. Auch hier können Bittschriften als Grundlage weiterer Studien dienen. Zahlreiche Kontinuitäten und Parallelen zur Frühen Neuzeit, etwa im Bearbeitungsprozess der Gesuche, betten das Thema in epochenübergreifende Diskurse ein. Diese werden auch im Zentrum des „Netzwerks Bittschriften“ stehen, das im Anschluss an den Workshop gegründet wurde. Dieser Verbund wird die Beschäftigung mit dem Thema mit weiteren Veranstaltungen fortführen. Auch ein Sammelband auf Basis des Workshops soll die Bittschriftenforschung beleben.

### **Konferenzübersicht:**

Begrüßung, Einführung

*Plenarvortrag*

Silke Marburg (Technische Universität Dresden): Bittschriften im 18. und 19. Jahrhundert. Eine Einführung

*Panel: Bittschriften als Instrument im modernen Verwaltungs- und Rechtsstaat*

Daniel Benedikt Stienen (Bayerische Akademie der Wissenschaften, München): „...ich bitte einen loyalen und treuen Deutschen nicht schlechter behandeln zu wollen“. Die emotionale Konstruktion der Nation in Ankaufgesuchen deutscher Grundbesitzer im östlichen Preußen (1886–1914)

Kommentar: Klaas-Hinrich Ehlers (Freie Universität Berlin)

Moritz Bauerfeind (Universität Basel): „Menschen werden immer menschlicher, wenn man sie wie Menschen behandelt.“ Die Bittschriften des Rabbiners Samson Wolf Rosenfeld an das Bayerische Parlament

Kommentar: Martina Niedhammer (Collegium Carolinum München)

Elisabeth Berger (Universität Salzburg): „... weshalb ich mich wohl bei meinem jüngsten Sohn einer kleinen Berücksichtigung für würdig erachte.“ Bitten um dauerhafte Beurlaubung Wehrpflichtiger in Österreich-Ungarn um 1900

Kommentar: Thomas Süssler-Rohringer (Ludwig-Maximilians-Universität München)

*Panel: Bittschriften aus dem adeligen Milieu*

Jan Županič (Karls-Universität Prag): Nobilitierungen in der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert

Michaela Žáková (Tschechische Akademie der Wissenschaften, Prag): Das Bild der „armen“ Aristokratin in den Bittschriften der Kandidatinnen des Theresianischen Damenstiftes in Prag

Kommentar: Marion Dotter (Collegium Carolinum München)

Susanne Zenker (Universität Wien): Bittschriften als Teil des Begnadigungsprozesses von Gyula Graf Andrassy

Christiane Bub (Eberhard Karls Universität Tübingen): Bittschriften delinquenter Adliger in der preußischen Strafjustiz der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Kommentar: Martin Klement (Tschechische Akademie der Wissenschaften, Prag)

*Panel: Bittschriften im höfischen Kontext*

Anja Bittner (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin): Bittschriften am preußischen Hof im 19. Jahrhundert

Ulrike Marlow (Ludwig-Maximilians-Universität München): „Eure Kaiserliche, Königliche, Apostolische Majestät“ – Bittschriften an Kaiserin Elisabeth von Österreich (1854–1898)

Kommentar: Mark Hengerer (Ludwig-Maximilians-Universität München)

*Panel: Bittschriften an staatliche und außerstaatliche Akteure*

Robert Luft (Collegium Carolinum München): Akteure, Adressaten und Akten. Petitionen an den österreichischen Reichsrat in der späten Habsburgermonarchie

Johannes Gleixner (Collegium Carolinum München): Der Intellektuelle als öffentliche Fürsorgeinstitution: Bittschriften an T. G. Masaryk vor 1914

Kommentar: Jana Osterkamp (Ludwig-Maximilians-Universität München / Collegium Carolinum München)

*Abschlussdiskussion*

Tagungsbericht „Allerunterthänigst unterfertigte Bitte“ – Inhalt, Form und Bedeutung von Bittschriften im langen 19. Jahrhundert. 10.06.2021–11.06.2021, digital (München), in: H-Soz-Kult 25.08.2021.